

Zum Haushalt 2004

BmU-Wählergemeinschaft für Erkrath, 29.01.2004

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

In den letzten Haushaltsplanberatungen dieser Legislaturperiode möchte ich, neben der Stellungnahme zum Haushalt 2004, auch einmal Resümee ziehen und einige Dinge aufgreifen, die in den nun fast vergangenen fünf Jahre das Bild dieses Rates und seiner Politik bestimmt haben.

Ein Rat mit einer CDU/FDP Mehrheit, hat fünf Jahre regiert.

In der Finanzpolitik hat sich nicht soviel verändert, als dass die Situation entspannt genannt werden könnte:

Wie auch in allen vorangegangenen Jahren so fehlen auch in diesem Jahr in der Stadtkasse mehrere Millionen Euro; diesmal über 4 Millionen.

Zwar hatte die CDU behauptet, sparen zu wollen, aber auch sie bediente ihr gewisses Klientel. So denke ich zum Beispiel an die Millionenausgaben im Sportbereich.

Und so ist klar, dass ein Haushaltssicherungskonzept kam und deswegen die Spielräume an Gestaltung und Machbarkeit in der Politik eng geworden sind.

Aber selbst im Spielraum, den man noch hat, setzt man auch im Jahr 2004 falsche Prioritäten – ein Fehler, der sich auch in den vergangenen Jahren immer wieder zeigte.

Als Beispiele nenne ich hier die Investitionen im sozialen Bereich: im Spielplatzbereich, im Etat der Büchereien und im Schulbereich.

So konnte sich – um das hier als kleines Detailbeispiel zu nennen – die CDU nicht dazu durchringen, eine sonderpädagogische Maßnahme an der Hauptschule Rankestraße in Höhe von 480,- Euro zu beschließen. Diese Mehrkosten waren im Schulausschuss von der Rektorin der Einrichtung begründet und erbeten worden.

Oder, eine Aufstockung des Etats der Büchereien um etwa 3000 Euro wurde im HFA abgelehnt.

Hier zeigt die CDU einmal mehr, dass sie statt präventiv zu arbeiten, lieber das Geld z.B. in eine nicht nötige Straßensanierung an der Bergstraße stecken will.

Kostenpunkt: 54000 Euro.

Dabei spricht man landauf, landab davon, dass sich unser Bildungs- und Erziehungssystem massiv verbessern muss, will man im Vergleich zu anderen Ländern noch mithalten können. Dass unsere Schüler und Schülerinnen gerade in unsrem Bundesland Nordrhein-Westfalen schlecht abschneiden, hat ganz aktuell die Iglu-Studie bewiesen.

Hier - und das gerade bei kleinen Summen zu sparen - ist also unvernünftig und kurzsichtig. Das führt in Folgejahren zu erheblichen Mehrkosten an anderen Stellen.

Ein weiterer Bereich, der von den Bürgern immer wieder kritisiert wird, ist die Situation des öffentlichen Personennahverkehrs.

Hier hätte jetzt im Haushalt mehr Geld bereit gestellt werden müssen, um rechtzeitig, vor der Festlegung neuer Planungen wichtige Termingrenzen einzuhalten. So wäre den Bürgerinnen und Bürgern ein notwendiger Service gegeben worden, der umweltfreundlich und bürgernah zugleich gewesen wäre.

Denn wie will ich die Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel bringen, wenn ich nicht die notwendigen Voraussetzungen durch sinnvolle Anbindungen an die S-Bahn für sie schaffe?

Ganz besonders kritisch ist jedoch der Zustand des Busverkehrs im Schulbusbereich.

Hier werden die Beobachtungen und täglichen Aufzeichnungen von betroffenen Eltern und Schülern einfach beiseite gewischt, nicht ernst genommen und ignoriert - obwohl die CDU im Dezember 2003 noch Abhilfe versprochen hat, falls keine Besserung eintritt.

Aber, wie sagte schon Konrad Adenauer: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“

oder freier übersetzt für die CDU in Erkrath: „Was interessieren mich Versprechen der Vergangenheit!“

Im Ignorieren von Bürgerwünschen war die CDU/FDP Koalition in den letzten fünf Jahren übrigens ganz groß:

Lässt man die vergangene Legislaturperiode einmal in einigen Bereichen Revue passieren, so kann man feststellen, dass diese Koalition mit vielen Versprechungen angetreten ist, jedoch wenig gehalten hat.

Eine vorausschauende städtebauliche Planung? Fehlanzeige!

Trotz mehrfacher Bemühungen der BmU-Fraktion mit ihrem Papier „Erkrath 2020“ gibt es immer noch kein städtebauliches Konzept, das zukunftsweisend und nachhaltig ist.

Statt dessen „murkst“ man städtebaulich herum. Sicher ist vielen noch in Erinnerung, wie im Bereich der Dorfstraße gegen viele Widerstände in der Bevölkerung entschieden wurde.

Oder nehmen wir die Standortfrage „Zentralbad Neandertal“.

Da wagen wir die Prognose, dass gerade die in unseren Augen falsche Wahl des Standortes nicht die Erwartungen der Mehrheit dieses Hauses erfüllen wird.

Wer fährt schon gerne an eine Stelle, die zwischen allen Ortsteilen liegt und die dort aus umweltpolitischen Aspekten unsinnig ist? Neben der Zerstörung der Biotopvernetzung muss man doch eine zusätzliche Busroute einrichten, wenn man überhaupt den Hauch einer Chance für das Bad haben will.

Finanziert werden soll nach der großen Mehrheit dieses Hauses der Bau durch die Stadtwerke Erkrath.

Und da sehen wir voraus, dass den Stadtwerken, die zur Zeit noch ein gesundes Unternehmen sind, durch dieses Projekt der Todesstoß versetzt worden sein könnte, ebenso wie wir glauben, dass die Gebühren dort zu Lasten der Bürger steigen werden.

Denn im immer enger werdenden Marktfeld in Europa wird es schwer sein, dem Wettbewerb noch standzuhalten.

Ebenso hat man gegen den Bürgerwillen verstoßen, indem man die Planung von Standorten für Übergangsheime nicht rechtzeitig vornahm. Auch auf dieses Problem machten wir bereits vor Jahren aufmerksam.

So werden die Bürger nicht in Entscheidungsprozesse mit einbezogen, sondern es wird an ihnen vorbei agiert. Notwendige Maßnahmen hätten im Dialog mit der Bürgerschaft eher erreicht werden können. Dialogbereitschaft im Umgang mit den Bürgern gilt für viele Bereiche. Denn, wenn die Menschen sich einbezogen fühlen und über Hintergründe sachlich und fachlich informiert werden, sind sie auch eher bereit schmerzhaft Veränderungen hinzunehmen.

Aber, wenn man über die Köpfe der Menschen hinweg seine Politik stur durchsetzen will und nur eine gewisse Klientel dabei im Auge hat und diese schont, muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen über „Schnellschüsse“ wie bei der Entscheidung des Baus an der Hochdähler Straße geschehen verärgert sind und gegen die Stadt prozessieren.

Es ist so, dass wir mehr denn je auf Kosten der kommenden Generationen leben. Statt von Zinsen zu leben, zahlen wir große Summen an Zinsen und die Schulden steigen weiter.

Der Schuldenstand liegt bei rund 30 Millionen Euro.

Ebenso hat man in den letzten Jahren Steuern und Gebühren erhöht.

Dies bedeutet aber in wirtschaftlich schlechten Zeiten, wie wir sie gerade haben, einen weiteren Baustein zur „Verarmungspolitik“ zu legen.

Damit meine ich, die ständig steigenden Nebenkosten, die auch sozial schwache Familien so immer mehr belasten.

Wir haben und bemüht, im Bereich der Fernwärmepreise dagegen etwas zu tun.

Die Fraktion der CDU hat sich oft wie eine Mauer gegeben, sich als Betonfraktion erwiesen. Eine Diskussions-Kultur gab es von dieser Seite schon lange nicht mehr.

„Wir haben das in der Fraktion so beschlossen und so wird es gemacht!“, ein oft zitierter Spruch des Fraktionsvorsitzenden Lübeck. Die FDP, als bedeutungsloses Anhängsel, nickte meist dazu.

Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe weiterer Beispiele nennen, aber die Kette unglücklicher, bürgerfeindlicher Entscheidungen dieser Fraktionen wäre sehr lang.

Es wird Zeit, dass sich in unserer Stadt etwas ändert, dass man „Durchblick“ schafft statt Frust, dass man im sozialen Bereich wo möglich, den Bürgern hilft, ihnen höhere Steuern und Gebühren erspart und sie mehr mit einbezieht.

Wir lehnen diesen Haushalt ab.

Wir wünschen den Bürgern in Erkrath, dass sie sich vor den kommenden Kommunalwahlen an das erinnern, was sich in den letzten Jahren hier ereignet hat.

Dass sie dann ihre Konsequenzen ziehen und dass sich dann eine neue politische Mehrheit hier bilden kann, die das Wohle unserer Stadt und das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürgern im Auge hat.

Also, liebe Bürgerinnen und Bürger! Augen auf und durchblicken!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Angela Klinkammer-Neufeind